Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 3 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
25. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6050—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DTAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, somst zweimal täglich. Bezug 36 000 000 ℳ für die Woche vom 23—29 Sept.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, vom Streik oder Aussperrung hat Einstellung des Bezuges weder zu Anspruch auf Nachlieferung oder Ausfuhr eines Entgelts. Anzeigenpreis 600 ℳ je 35 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Beharrungsziffern werden nach besonderem Tarif berechnet

25. 9. a | Nr. 444 | 3 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 30000.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Das Rhein- und Ruhrparlament in Berlin.

Ein kritischer Rückblick.

Der letzten großen Zusammenkunft der aus dem besetzten Gebiet in die Reichshauptstadt berufenen Vertreter wird amtlich und von vielen Beteiligten eine Bedeutung beigelegt, die sie leider nicht besitzt. Zunächst war schon die Begrüßung der „Ruhrvertreter" in Berlin ungewöhnlich und abgelehnt wird. Bedauerlicherweise aber trug auch die Zusammensetzung der Versammlung dieser Forderung allzumal Rechnung. Wohl war neben Ruhrgebiet auch das Rheinland im engeren Sinne vertreten, aber gerade aus diesem „altbefestigten Gebiet" konnten nach Lage der Dinge lediglich Bevollmächtigte der politischen Hauptgebiete von Duisburg—Düsseldorf bis hinauf nach Ludwigshafen—Mannheim herangezogen werden. Aus den hauptsächlich bedrohten Grenzstrichen, aus Trier, Aachen, Mainz usw. waren wohl nur Ausgewiesene vertreten, die doch vielfach in ihrer mehrmonatlichen Verbannung die Fühlung mit der Bevölkerung und mit dem Feinde verloren haben. Viel zu wenig wird ja beröffentlicht, daß die Verbindung auch zu den wenigen „Köpfen", die die Besatzung der Bevölkerung noch ließ, tatsächlich nahezu unmöglich wurde, und daß so die Grenzmark im engsten Sinne von jeder gesteigerten Einwirkung von und nach Berlin abgeschnitten ist. Daß unter diesen Umständen die präsumtive „Hauptstadt" des Rheinlandes den allergrößten Einfluß im Reich besitzt, ist erklärlich, aber keineswegs erwünscht! Die unter französisch-belgischer Gewaltherrschaft leidenden Gebiete machen den Kölner Landesleuten jedenfalls den Vorwurf, daß sie die Dinge noch immer durch die berliner Brille sehen, den Geist gegen die Fremdherrschaft aus „wirtschaftlichen" Gründen nicht als Aktivum unserer Rheinlandpolitik werten und daher einer Verständigung zuneigen. Für die innere und außenpolitische Beurteilung ist diese Rücksicht auf den Kölner Wirtschaftsausschuß und auf die Kölner Parteien eine Fehlerquelle ersten Ranges.

Zum dritten war die Versammlung am Montag in jeder Beziehung ein „Parlament". Von anwesend 150 Vertretern, die sich Bei annähernd 150 Vertretern, die sich geschätzt 50 Anwesenden nicht kennen und ganz willkürlich ausgewählt sind, läßt sich eine wirklich verantwortliche Beratung einfach nicht durchführen. Die letzten Gründe, Aufschlüsse und Beschränkungen blieben daher unausgesprochen. Das „Vorparlament" der Parlamentarier das einige Stunden zum Zusammentritt, seine die gleiche Zusammensetzung so daß dieselben Redegewalten auch hier zu berücksichtigen sind. An eine eingehende Erörterung oder auch nur an eine Beantwortung bestimmter „Fragen", die eigentlich von der Reichsregierung angekündigt waren, war daher nicht zu denken. Mit Recht betonte dem auch der Kanzler, daß die Entscheidung im Kabinett bereits gefallen und unabänderlich sei. Aus taktischen und nationalen Gründen konnten und durften die anwesenden Vertreter lediglich ihre Zustimmung geben und ihren Hoffnungen und Befürchtungen Ausdruck verleihen.

Der Abbau des passiven Widerstandes ist danach, wie bisher, bestimmt und beschlossen. Wie sich die Reichsregierung die Ausführung dieses Beschlusses in der Praxis denkt, bleibt unklarzwar, trotzdem gerade dieser Punkt weit wichtiger ist, als jede noch so gut gemeinte Erklärung. Auch hier sehen wir „Frontsoldaten" mit doch wohl berechtigtem Erstaunen, daß man in Berlin den Charakter des Kampfes an Rhein und Ruhr gar nicht erkannt hat. Wie in finanzieller Hinsicht die letzten Reserven verausgabt wurden, ohne die Entscheidung nun wirklich auch auf dem Schlachtfeld zu suchen, so scheint für den Rückzug der Truppen und für die Demobilmachung nichts, aber rein gar nichts vorbereitet! Die Warnung vor dem Chaos, das in Kampfgebiet entstehen müsse, war daher nur zu berechtigt. Die bange Sorge um die nationale Zukunft von Rheinlanden und Reich ist durch die Ausführende nicht gewichen, sondern aber noch verstärkt und befestigt werden. Den letzten Entschluß, was nach der Aufhebung des passiven Widerstandes im neuen Ringen gegen die französisch-belgische Gewaltherrschaft geschehen soll, hat das Kabinett Stresemann vertagt. Es „hofft" und „hofft" weiter, während die Stunden und Tage im besetzten Gebiet zu Wochen und Monaten werden. Im Kampf um die Sicherung des Alltagslebens droht uns sehr bald vielleicht schon erträglich zu werden, was heute noch unerträglich scheint! Die Spuren des Wilson-Friedens und des Rheinlandabkommens schrecken wahrlich furchtbar genug. Mit schwerer Besorgnis kehren wir in die rheinische Heimat zurück. Die Geschichte Schicksal in Wahrheit doch nicht die Aufhebung des passiven Widerstandes, sondern die Verantwortungsfreudigkeit von Reichsregierung und Reichstag entscheiden wird.

Hermann Coblenz.

Schnelle Justiz in Spanien.

Madrid, 25. 9. (T. U.) Die Kriegsgerichte fahren fort, energisch gegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorzugehen. Der Anstifter des Ueberfalles auf die Sparkasse in Terrassola (Provinz Barcelona) wurde bereits hingerichtet. Ein bei Revision angehaltenes Automobil enthielt heftig Bomben; die Insassen wurden verhaftet und werden ebenfalls kriegsgerichtlich abgeurteilt werden.

*

Madrid, 25. 9. (W. T. B.) König Alfons ist von San Sebastian gestern wieder nach Madrid zurückgekehrt.

Amtl. Dollarkurs: 121 Mill.
Eine Goldmark: 28,80 Mill.

Die Ministerpräsidenten zum Abbruch des Widerstandes.

Völlige Uebereinstimmung — alle Länder für die Reichseinheit.

Dienstag vormittag fand eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskanzler über die Frage der Stellegung des passiven Widerstandes statt. Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Aufgabe und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Reichsbeamte bei Unruhen.

Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm erlassen:

Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausnahmslos den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwa erforderliche Notverordnungen über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr Reichspräsident.

Der Auswärtige Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages tritt Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, zusammen.

Der Reichskanzler wird dem Auswärtigen Ausschuß eine Erklärung abgeben.

Das Reichstagsplenum tritt nicht am Mittwoch, wie ursprünglich vorgesehen war, wieder zusammen, sondern erst am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

Der pommersche Landbund an Stresemann.

Klarheit!

Stettin, 25. 9. (T. U.)

Das Direktorium des Pommerschen Landbundes richtet unter dem 24. September an den Reichskanzler Dr. Stresemann einen Appell, dem folgende Sätze entnommen seien: Herr Reichskanzler! Gehetzten Sie ein offenes Wort. Es kommt aus der Liebe zu Volk und Heimat, aus ernstester Sorge um beider Schicksal. Nicht um zu Ihrem Amt und Ihrer Person, sondern um politischer Gegnerschaft erheben wir die Stimme. Sie, Herr Reichskanzler, müssen eines hohen Einsatzes aus der Amtsarbeit ihrer Vorgängers mit der Kraft einer Parlamentsmehrheit gerecht werden. Sie müssen sich entmutigt sehen. Heute, nach wenigen Wochen, seit die Linke zum Sturm auf Sie an, erfaßtet in der Mitte die Zuneigung und wenden sich gerade Angehörige Ihrer Partei in großer Zahl von Ihnen ab. Das Volk, Herr Reichskanzler, will sein Schicksal anders gewendet sehen, als es geschieht.

Um für die unsicherer schwere Führung der Geschicke die notwendige Freiheit und angehemmte Kraftentfaltung der Regierung in die Hand zu legen, forderten weite Kreise des Volkes eine auf unbedingt nationaler Grundlage stehende Diktatur. Herr Reichskanzler, Sie werden in Ihrem ungeheuer schweren Amt wahrhaftig von niemand beneidet, und die Erkenntnis der Lage ist weit genug gediehen, um jeder Feilerei in Kauf zu nehmen, wenn nur die allgemeine Richtung der Politik den Stempel kleinlichen Handelns trägt. Ob diese Richtung bei der Führung vorhanden ist, ist eine ernste Gewissensfrage für das Volk und mehr noch für die Führung selbst. Wir von der Führer diese Kraft hat und auf dem Boden unbedingt nationaler Politik steht, wird er die erforderliche große Gesetzeskraft finden. Wir wollen, daß er sie hat ist erkennen, Herr Reichskanzler, daß die Zukunft des deutschen Volkes den Willen zur Erhaltung des Reiches zur Erfüllung unserer Zukunft hat.

Freispruch im Prozeß Ludendorff-„Münchener Post".

pn. **München**, 25. 9. (Eigenbericht) Die Klage Ludendorffs gegen die sozialdemokratische „Münchener Post", die ihn in einem Artikel vom 20. Mai d. J. den großen Kriegsverbrecher genannt hat, endete vor dem Schöffengericht in München mit einem Freispruch. Der Verteidiger, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Dr. Sattler erklärt, er sei überzeugt, daß Ludendorff mit diesem Willen und Wissen alles getan habe, um Deutschland zum Siege zu führen. In seiner Berufungsrede sagt er, Ludendorff, so beklagenswert der Tadel an der militärischen und politischen Leitung sei, aus der Form und den Umständen ergibt sich der Eindruck einer Beleidigung nicht hervor. Mit der Freisprechung sei nicht selbstverständlich und soll nicht festgestellt werden, daß das tadelnde Urteil des Artikels berechtigt sei.

Kurze Nachrichten.

Vor dem Reichsgericht hatte sich der Artist Mathes aus Köln wegen Landesverrats zu verantworten. Mathes hatte sich der französischen Kontrollkommission des passiven Widerstandes angeboten. Das Urteil lautete über auf 2½ Jahre Zuchthaus.

Wegen des sozialdemokratischen Ueberfalls auf die Oberland-Bündler in München hat die Polizei bisher sieben Mitglieder des Sozialdemokratischen Selbstschutzes Nuer verhaftet, weitere sollen folgen.

*

In München wurde nachts das auf einer Brücke stehende Denkmal des jugendlichen Königs Ludwigs II. mit weißem Emailleblech verschmiert.

Das bayerische Landesstehamt hat auswärtige Vieh- und Fleischhändler unter Kartenzwang gestellt.

*

Zum schleswig-holsteinischen Städtetag am 29. und 30. September in Kiel sind die Herren Bürgermeister Brauer und Senator Kirch als Vertreter Hamburgs bestimmt worden.

Schwierige Verhandlungen in Sicht.

Vorschlag für zunächst provisorische Regelung.

S. Paris, 25. 9. (Eigenbericht.)

Die Haltung der heutigen Morgenblätter zu den gestrigen Berliner Beschlüssen zu schildern, fehlt wirklich nicht. Man kann sich leicht selber ausmalen, wie die Blätter je nach ihrer Parteirichtung sich zu einer so lange erwarteten und so lange gewünschten „Kapitulation" stellen. Es werden hieraus sowohl für die unsere deutsche wie für die internationale Politik nach hiesiger übereinstimmender Auffassung schwerwiegende Folgen sich ergeben. Die Verhandlungen mit Deutschland, wie mit den Alliierten unterzeichnet, die, wie erwartet, sofort stattfinden müssen, werden schwierig und zeitraubend werden. Das „Journal Industrielle" warnt deshalb von Ueberstürzung. Das „Echo de Paris" schlägt eine provisorische Regelung durch Verhandlungen mit Tirard und General Degoutte bis zur endgültigen Regelung vor.

Die „unsichtbare Besetzung".

S. Paris, 25. 9. (Eigenbericht.)

Ein militaristisches Blatt, das „Daily Telegraph", der vor kurzem in Paris war, hat dortigen amtlichen Stellen die Frage vorgelegt, was Frankreich nach Einstellung des passiven Widerstandes tun werde und wird. Darauf soll er folgende Antwort erhalten haben:

„Wir werden der Bankier der Reparationskommission werden. Sobald die deutsche Regierung die finanzielle Unterfüllung einstellt, wird die Industrie sprittnische ihre Produktion wieder aufnehmen. Diese wird teilweise zu Reparationslieferungen benutzt werden, zum größten Teil aber für die Aufnahme der unbesetzten Gebiete. Unsere militärische Besetzung wird unsichtbar bleiben, aber wir werden nage genug bleiben, um „bart zuzuschlagen", falls es notwendig sein wird. Im übrigen werden wir von Deutschen Gelegenheit geben, das Reich zu organisieren und selbst zu arbeiten, aber nicht eine einzige Tonne Kohle oder Metall wird das Gebiet verlassen, ohne in der Frage von Reparationen der Aufschrabnahme ihren Beitrag zur Reparation geliefert zu haben. Wir werden den Deutschen jede Möglichkeit geben, diese Abgaben selber einzugehen. Das Kohlensyndikat muß unsichtbar mit allen Archiven zur Kontrolle den alliierten Kontrolleuren zur Verfügung gestellt werden. Die Eisenbahnen, die nach Deutschland führen, werden freigegeben werden, aber unsere Verwaltung wird auf dem linken Rheinufer bleiben und unsere Interessen wahrnehmen."

Englischer Ministerrat.

London, 25. 9. (W. T. B.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Expreß" schreibt, auf dem morgigen Kabinettsrat würden keinerlei Beschlüsse gefaßt werden. Die Regierung werde die neue Lage erörtern, die durch die bevorstehende Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet geschaffen werden. Nach der Annahme dieser Politik durch Deutschland könnten neue alliierte Erörterungen erwartet werden, die zu einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien führen könnten.

Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge wird Baldwin bei dem morgen stattfindenden Kabinettsrat eine Erklärung über die Pariser Zusammenkunft abgeben. Bei einer Rede, am nächsten Donnerstag in Nordhampton, werde er die internationale Lage wahrscheinlich nur berühren und sich in der Hauptsache mit inneren Fragen befassen. Die Gelegenheit zu einer deutschfreundlichen Mitteilung werde wahrscheinlich bei Eröffnung der Tagung der Reichskonferenz am nächsten Montag bieten.

Zwei englische Stimmen.

London, 25. 9. (W. T. B.)

Die gelbste Presse befaßt sich eingehend mit der bevorstehenden Aufgabe des passiven Widerstands durch Deutschland.

„Westminster Gazette" schreibt, die Annahme der französischen Bedingungen bedeute einfach das Eingeständnis Deutschlands, daß seine wirtschaftlichen Kräfte erschöpft und seine Finanzen bankrott seien. Wenn das Zustandebringen dieser Lage das Ziel Frankreichs gewesen sei, so könne es als seinen Sieg beglückwünschen. Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" sagt, die Schwierigkeiten, die in Deutschland sich mehren, beschränkten die deutsche Regierung keineswegs ein. Die Rede des deutschen Reichskanzlers auf der Konferenz mit den Ruhrindustriellen habe auch dieses Ergebnis gemacht. Auf der Konferenz mit den Parlamentsvertretern des Ruhrgebiets scheine Stresemann den Glauben Ausdruck gegeben zu haben, daß, nachdem einmal der Widerstand eingestellt sei, die vernünftigen Forderungen der deutschen Regierung nach Erleichterung der von den Franzosen verbesserten Deutschen und der Rückkehr der Vertriebenen von der französischen Regierung zugestanden werden würden.

Vorwürfe gegen die englische Arbeiterpartei.

Paris, 25. 9. Der Londoner Korrespondent der „Humanité" schreibt, die Anhänger des passiven Widerstandes werde von entschiedener Bedeutung für die englische Politik sein. Offiziell sei zwar noch nichts beschlossen worden, doch sei England bereit, für den Fall, daß in Deutschland ein Aufruhr ausbrechen würde, die englische Besetzung auszudehnen. Der „Labour Party" müsse der schwere Vorwurf gemacht werden, daß sie nichts getan habe, um die imperialistischen Anschläge zu vereiteln.

Völkerbund und Reparationsfrage.

Haag, 25. 9. (W. T. B.) Die Leitung der „Vereinigung für Völkerbund und Frieden" hat eine Resolution angenommen, wonach die niederländische Regierung aufgefordert werden soll, einen Weg ausfindig zu machen, auf dem die Reparationsfrage vor den Völkerbund gebracht oder auf andere Weise zum Gegenstand friedlicher internationaler Beratung gemacht werden kann.

Widersprechende Meldungen über die Grenzsperre.

Die Verkehrssperre über die bergischen Kleinbahn aufgehoben.

Py. **Elberfeld**, 25. 9. (Eigenbericht.)

Die beiden Nachrichten von der bevorstehenden Einstellung des passiven Widerstandes und von einer ebenfalls bevorstehenden Grenzsperre wurden von der Bevölkerung des Wuppertals ziemlich ruhig aufgenommen, da das eine keine Neuigkeit und das andere auch erwartet worden war. Die Bevölkerung sieht in großen Gruppen vor den Extrablättern. In den Erörterungen wird sehr viel die Frage gestellt, welche Verordnung aus der jetzigen Lage noch entstehen könne. An ein Nachgeben der Franzosen, z. B. durch Nichteinführung der bevorstehenden Grenzsperre, die manche erhoffen, ist wohl kaum zu denken.

Die vor vier Tagen von den Franzosen über die bergische Kleinbahn auf der Strecke Elberfeld—Essen verhängte Verkehrssperre hört heute abend auf.

*

Nach Erkundungen an zuständiger Stelle war daselbst bisher nichts über die Verhängung einer allgemeinen Verkehrssperre über das gesamte besetzte Gebiet, wie wir im Morgenblatt gemeldet haben und wie anscheinend die Bevölkerung dorselbst annimmt, bekannt. In diesem Sinne ist daher auch die nachstehende Meldung zu verstehen.

Mannheim, 25. 9. (W. T. B.) Das in der Pfalz und in Berlin verbreitete Gerücht von einer ab 1. Oktober neu eintretenden Brückensperre ist grundlos. Das Gerücht ist vermutlich auf die Tatsache zurückzuführen, daß am 1. Oktober die alten Brückenpässe für ungültig erklärt und neue ausgegeben werden sollen. Die näheren Bestimmungen werden wohl im Laufe des Tages veröffentlicht werden.

Mannheim, 25. 9. (W. T. B.) Der französische Kommandierende General gibt durch Anschlag an Schilds bekannt, daß der Durchgangsverkehr des Schiffs zu gewissen Tageszeiten dem Publikum wieder geöffnet ist, insbesondere für den Besuch der Museen und der Bibliothek.

Ruhrchronik.

Wiesbaden, 23. 9. (Eigenbericht.) Mit Ausweisung besonders im Vordergrunde des öffentlichen Lebens befindet sich gleichzeitig Ihren die Franzosen fort. Die Ausweisungen sollen noch bis zur letzten Stunde ausgeführt werden. Heute wurden ausgewiesen der Landtagsabgeordnete Stadtrat Hale (Soz.), der Syndikus der Handelskammer Dr. Otto, Stadtrat Holl (Soz.) und der Gewerkschaftssekretär Lieser.

Diez, 23. 9. (Eigenbericht.) Am Freitag früh gegen 4 Uhr wurden zehn Beamte der Rheinischen Freiendiez von den Franzosen aus den Betten geholt, um zwecks Ausweisung abgeschoben zu werden. Die Familien mußten nachkommen. Es sind in dem Gefängnis nur noch drei Beamte tätig.

Gelsenkirchen, 25. 9. (Mtb.) Gestern wurden von den Franzosen einem Boten der Mannesmann-Röhrenwerke 400 Millionen Mark Lohnzeder gezahlt. Gleichzeitig wurde der Vorsteher der Rechnungsabteilung verhaftet.

Essen, 25. 9. (Mtb.) Die Franzosen haben auf der Phönix-Hütte in Duisburg-Meiderich große Mengen Fertigerzeugnisse beschlagnahmt. Mit dem Abtransport ist bereits begonnen worden.

Das Urteil im Prozeß Hackenbruch

Stuttgart, 25. 9. (Mtb.)

Mit dem Bekräftigungsverfuch des Spions Hackenbruch aus dem Untersuchungsgefängnis in Heidelberg beschäftigte sich gestern die Strafkammer Nes Landgerichts. Die Verhandlung fand, wie schon berichtet, im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Kaufmann Hackenbruch aus Spever wegen versuchter Spionage angesetzten Fortsetzung.

Hackenbruch wurde im Juli d. J. vom Strafsenat des Reichsgerichts zu fünf Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sowie Zulassung der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die französische Spionageagentrie in Speyer, in deren Diensten Hackenbruch stand, verlockte mit Hilfe der Ehefrau des H. und zweier Gesinnungsgenossen, Hackenbruch zu dem Unterfuchungsgefängnis zu betreten. Ein besonderer Kriminalbeamter entdeckte den Fluchtplan und verhinderte die Befreiung. Nach fast neunstündiger Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, wurde Hackenbruch wegen eines gemeinschaftlichen und eines einfachen Versuches der Beihelfung zu zusammen vierzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde mit der vom Reichsgericht wegen versuchter Spionage verhängten fünfjährigen Zuchthausstrafe zu zusammen zu 5 Jahren und 4 Monaten Zuchthaus zusammengezogen. Die Ehefrau Hackenbruch und der Hilfsschreiber Ludwig, die Gehilfen von ihr angenommen hatte, erhielten je 6 Monate Gefängnis, die durch die schon erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Der Gefängnisaufseher Baron wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Die Untersuchung des Janinaattentats

Paris, 25. 9. (W. T. B.) Ueber die zweite Beratung der Botschafterkonferenz über den griechisch-italienischen Zwischenfall in Albanien schreibt der „Petit Parisien", daß die Untersuchungskommission eine Nachlässigkeit der griechischen Behörden festgestellt habe. Trotzdem werde die Räumung Korfus zweifelsohne am 27. September stattfinden, aber Italien werde die 50 Millionen Lire erhalten, die die griechische Regierung bezahlen habe. Wenn bis zum 27. September die Insel geräumt sein werde, werde der Zwischenfall als vollkommen erledigt angesehen werden.

Von anderer Seite liegt noch folgende Meldung vor:

Paris, 24. 9. Heute abend wird bekannt, daß die Sitzung der Botschafterkonferenz, die eigentlich morgen früh 11 Uhr stattfinden sollte, um über den Bericht der Untersuchungskommission aus Albanien Beschluß zu fassen, auf morgen nachmittag 4 Uhr verschoben worden ist, um den Beteiligten, besonders dem englischen Botschafter Gelegenheit zu geben, über diesen Bericht und seinen Inhalt bei der englischen Regierung Instruktionen einzuholen.

Abflauen des Kommunistenaufstandes in Bulgarien.

Mißglückte Versuche zur Einführung des Sowjetregimes.

Sofia, 25. 9. (Bulg. Tel.-Ag.)

Am 22. September sowie in der darauf folgenden Nacht herrschte im allgemeinen Ruhe. Verdächtige Zwischenfälle scheinen die letzten Versuche der Kommunisten darzustellen. So näherten sich in der Nacht zum 23. September etwa 400 Kommunisten der Stadt Burgas, wurden jedoch gerissen und schien 4 Tote und 18 Gefangene auf den Platze. In derselben Nacht wurde eine kleine Gruppe Kommunisten, die auf dem Gebirge herabgestiegen war und das Munitionslager unterhalb der Stadt Stiven anzugreifen suchte, mit leichter Mühe zerstreut. Nach dem Mißlingen der kommunistischen Aufstandsversuche in Südbulgarien sind Bestrebungen der kommunistischen Führer bemerkbar, im nördlichen Teil Bulgariens Unruhen hervorzurufen. In der Gegend von Popovo wurde das Sowjetregime in einem Dorfe ausgerufen. Seitens der Regierung wurden energische Maßregeln ergriffen, um die Bewegung wieder zu unterdrücken. Eine Gruppe von Kommunisten, die sich in Dupnica festzusetzen suchte, wurde dort in einem Stadtviertel eingeschlossen. Das übrige Nordbulgarien ist ruhig.

Die Lage ist heute wie folgt: An dem Flecken Ferdinand in Nordbulgarien sind die Kommunisten die Aktenpublik aus, worauf eine Truppenabteilung gegen sie Aufständischen entsandt wurde. Eine weitere kommunistische Abteilung, die gegen Lom sotwegnommen, wurde zerstreut. In dem Dorfe Zlatitrapa, Bezirk Tirnovo, proklamierten 50 Kommunisten das Sowjetregime, entfernten jedoch bei der ersten Flintenschüssen der Truppen, die zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt worden waren. In einigen Dörfern des Bezirks Schumla, welcher das Sowjetregime proklamiert worden war, stellten die Behörden die Ordnung wieder her.

Sokolnikows Bericht über seine Berliner Verhandlungen

Moskau, 28. 9. (W. T. B.)

Wie die Russ. Tel. Ag. meldet, berichtete der nach Moskau zurückgekehrte Volkskommissar für Finanzen, Sokolnikow, über seine Unterhandlungen in Berlin. Das Gesetz im Jahre 1921, das die Einfuhr russischer Wertpapiere nach Deutschland verbot, weil dies angeblich zur Ursache revolutionärer Wirren werden konnte und weil andererseits Deutschland vor der minderwertigen Rubelwährung bewahrt werden sollte, habe jedoch den Sinn verloren (?). Habe Deutschland den Vertrag von Rapallo anerkannt, so habe es auch die Sowjetwertpapiere anerkannt. Gewisse man ferner die Vorsicht, jetzt an den deutschen Börsen die annullierten russischen Papiere einzuführen, so könne eine solche Politik nicht als sowjetfreundlich bezeichnet werden.

Sokolnikow wies ferner darauf hin, daß die Bewendung einiger Bergleitungsabsprechungen zwischen Russland in den Bereich der Möglichkeit rücke, falls Russland Forderungen nicht erfüllt würden. **Vielleicht werde die Einfuhr der deutschen Mark sowie deutscher Banknoten und Wertpapiere und auch ihr Umsatz verboten werden müssen.**

Auf Grund seiner Besprechungen mit dem deutschen Reichsminister des Reichsamts in Berlin hofft Sokolnikow auf eine baldige Erledigung dieser Frage.

Ungarisch-tschechisches Uebereinkommen.

Prag, 24. 9. (T. U.) In Genf ist zwischen dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch und dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen ein vorläufiges Uebereinkommen zustande gebracht, welches die Erledigung der zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen in der Folge hat. Es wurde vereinbart, daß der Zustimmung von Grenzwirtschaftlichen eine einheitliche Dienstvorschrift für die Grenzwachen festgelegt wird. Die tschechoslowakischen Gesandten, die bei dem letzten Zwischenfall verwundet wurden, werden entschädigt, ebenso die Hinterbliebenen eines tschechoslowakischen der getötet wurde. Dagegen widerrief die tschechoslowakische Regierung die Ausweisung ungarischer Staatsbürger aus der Tschechoslowakei, die als Zwangsmaßnahme verhängt worden war.

Es soll jetzt die Ratifizierung des Handelsvertrages und des Warenaustauschübereinkommens durchgeführt werden. Für Grenzübertretende wird Reisefreiheit gewährt. Unter den weiteren Bestimmungen befindet sich auch die Feststellung der Einigung darüber, daß ein jeder Propaganda, die für die guten nachbarlichen Beziehungen hinderlich wäre, unterdrückt werde.

Die griechisch-türkischen Beziehungen.

London, 25. 9. Aus Athen wird gemeldet, daß die türkische Regierung die von Griechenland gemachten Vorschläge zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen angenommen hat. Hierfür kommen werden die Konsuln in Athen und Salonikl ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Mustapha Kemal zum Präsidenten der Türkei vorgeschlagen.

S. **Paris**, 25. 9. (Eigenbericht.) Der „Matin" meldet aus Konstantinopel, daß die Majoritätsfraktion gestern Mustapha Kemal als ersten Präsidenten der neuen türkischen Republik vorgeschlagen haben.

Amerikas staatliche Handelsflotte.

Washington, 25. 9. (W. T. B.) Die Mitglieder des Schiffahrtsamts haben Coolidge mitgeteilt, daß sie bei näherer Prüfung nicht imstande sind, einen Plan für eine nutzbringende Verwendung der Regierungshandelsflotte aufzustellen.

Oesterreichs Finanzpolitik.

Eine Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Seipel.

Von unserem Berichterstatter.

Warschau, 22. September.

Der Bundeskanzler Oesterreichs, Prälat Dr. Seipel, empfing vor seiner Abreise aus Warschau in Gegenwart des Außenministers Dr. Grünberger Ihren Warschauer Vertreter, dem er in prägster und prägnanter Form, wie sie Ihnen wohl Art des österreichischen Staatsmannes kennzeichnen, folgende Mitteilungen über die Finanzpolitik Oesterreichs und andere politischen Fragen machte:

Dr. Seipel erklärte zu seiner Reise nach Warschau, daß der Warschauer Besuch einen alt selbstverständlichen politischen Besuche. Er erwähnte Polen einen Besuch, den der frühere polnische Außenminister Zimmut Oesterreich im vorigen Jahre, von Genf kommend, abgestattet habe. Die während des Besuches in Warschau etwig geplagenen österreichisch-polnischen Verhandlungen hätten sich auf Wirtschaftsfragen, nicht auf besondere politische Probleme bezogen. In den Beziehungen zwischen Oesterreich und Polen sei besonders hervorzuheben, daß zwischen beiden Staaten kein innerer Konflikthistoff bestehe, da neben oft gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Oesterreich und Polen zu räumlich von einander getrennt seien.

Die Politik Oesterreichs sei eine Finanzpolitik! „Wege ins Ausland" seien die finanzpolitischen Wege gewesen, die Dr. Seipel nach Uebernahme der Staatsgeschäfte beschritten habe, um Oesterreich vor dem drohenden Untergang in einem wirtschaftlichen Chaos zu bewahren. „Wege ins Ausland" seien die Reisen des Bundeskanzlers nach Prag, Berlin, Verona, Paris, seine Reisen nach Genf gewesen. Der österreichische Bundeskanzler betonte mit ganz besonderem Nachdruck die große Bedeutung einer persönlichen Aussprache zwischen den leitenden Staatsmännern verschiedener Länder, die zu einer Lösung der bestehenden Schwierigkeiten beitragen weit eher beitrage als langwierige Verhandlungen anderer Art. So habe Oesterreich einen ersten Schiedsgerichtsvertrag mit der Tschechoslowakei und einen zweiten Schiedsgerichtsvertrag mit Ungarn geschlossen. Im Trgebnis der Warschauer Verhandlungen zwischen Oesterreich und Polen sei der Projekt eines österreichisch-polnischen Schiedsgerichtsvertrages bereits paraphiert worden. Die Warschauer Verhandlungen erstreben außerdem den Ausbau des am 25. September vorigen Jahres geschlossenen und am 15. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen österreichisch-polnischen Handelsvertrages von einem Kompensationsvertrage zu einem Tarifvertrag. Schließlich betrafen die Verhandlungen Vorbereitungen zu dem Abschluß einer Konsularkonvention zwischen beiden Staaten.

Der Bundeskanzler wies in der Unterredung weiter darauf hin, wie der österreichische Staat erst das Interesse, das das Vertrauen des Auslandes und der ausländischen Kapitalverleiter gewonnen habe. Oesterreich und das österreichische Volk seien der Welt als bereits zum Ausdruck gekommen wirtschaftlichen Chaos bestimmt erschienen. Dr. Seipel fand Worte der Anerkennung für die Bevölkerung Oesterreichs, die in Ruhe und Geduld die Zeit schwerster innerer Krise ertragen und überwunden habe. Seit dem 9. September des Vorjahres könne die österreichische Krone als stabilisiert angesehen werden. Oesterreich treibe keine Inflationspolitik mehr. So habe denn der Bundeskanzler gegenwärtig wegen der österreichischen Währung keine besonderen Befürchtungen. Der Abbau in der inneren Verwaltung des Landes werde von der Regierung mit Erfolg weiter durchgeführt. Die Verwaltung der Bundesbahnen werde auf kommerzielle Geschäftsmäßte eingestellt. Die Wahlen in den Ländern und Gemeinden, angesetzten Wahlen in den Nationalrat erwarte Dr. Seipel in Ruhe und „ohne Besorgnisse".

Auf eine Frage Ihres Vertreters bezüglich des Ruhrkonflikts und der Deutschland erschütternden Wirtschaftskrise erklärte der Bundeskanzler, ebenso wie der sich hier am Gespräch teilnehmende Außenminister, daß Oesterreich nicht „warmem Interesse" und „größter Anteilnahme" dem schicksalsschweren Ringen des stammverwandten deutschen Volkes gegenüberstehe. Die Gesinnung Deutschlands sei der Wunsch Oesterreichs an das deutsche Volk. Auch Oesterreich ersehne nach dem katastrophalen Weltkrieg die Wiederherstellung des Friedens und der normalen Friedenswirtschaft in Europa. Der Kanzler sprach von einem „Block wirtschaftlich festkonsolidierter mitteleuropäischer Staaten". Ueber das Verhältnis Oesterreichs zu der großen Entente äußerte Dr. Seipel, daß dieses Verhältnis nach Abschluß des Friedensdiktates von Saint Germain ein für Oesterreich gesamt gutes sei und sich weiter gebessert.

Der Bundeskanzler betonte während der Unterredung die politische Bedeutung der Weltpresse. Es sei die Aufgabe der Presse, eine Konsolidierung und wirtschaftlichen Wiedergenesung der Staaten mitzuarbeiten, indem sie die Aufmerksamkeit der Welt und der Leiter ihrer Geschicke immer wieder auf die Krankheitsherde im Weltorganismus lenke.

Erich Amende.

Besprechungen über Fiume in Rom.

Rom, 25. 9. Der militärische Gouverneur von Fiume, General Giardino, ist gestern nachmittag in Rom eingetroffen und hatte lange Besprechungen mit Mussolini und dem Generalsekretär der Consulta Santarini. Nach Beendigung der Besprechungen erklärte Giardino den Journalisten, daß man über die allgemeine Lage gesprochen habe. Heute werden Besprechungen über die wirtschaftliche Lage Fiumes und dessen Verwaltung folgen.

Das Belgrader Stadt